



Beschluss

vom 18. Dezember 2007 Nr. 3831

Postulate

Postulat Susanne Schmid: Minergie-Standard für städtische Bauten; Frage der Erheblicherklärung

Susanne Schmid sowie 32 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 20. November 2007 das beiliegende Postulat "Minergie-Standard für städtische Bauten" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien leisten einen grossen Beitrag zum Klimaschutz und verbessern die Lebensqualität und die Umweltsituation. Sie geben aber auch Impulse für die lokale Wirtschaft und schaffen neue Arbeitsplätze. Das erfolgreiche Umsetzen von energiegerechten Bauweisen verlangt ein gesamtheitliches Vorgehen unter Einbezug u.a. sozialer, sozioökonomischer und ökologischer Belange.

Aus diesen Überlegungen hat der Stadtrat das Energiekonzept 2050 verfasst, das im März dieses Jahres vom Parlament grossmehrheitlich gutgeheissen wurde. Darin wird die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung hervorgehoben, die u.a. im Kapitel „Masterplan Energie für die Verwaltung“ kurz umschrieben ist. Dieser Masterplan soll auch gleichzeitig dazu dienen, den steten Optimierungsprozess im Energiebereich als Energiestadt voranzutreiben.

In der Stadt St.Gallen befassen sich die betroffenen Verwaltungsstellen schon seit geraumer Zeit, verbindlich jedenfalls seit der Erstzertifizierung als Energiestadt im Jahre 2003, mit dem Thema Minergie. Im damals erarbeiteten Aktivitätenprogramm heisst es darum auch, dass Neubauten und Sanierungen von Altbauten, sofern technisch machbar und wirtschaftlich tragbar, im Minergie-Standard zu realisieren sind; Ausnahmen sind zu begründen. Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sind seither zudem die kalkulatorischen Energiepreisschläge, welche die Externen Kosten internalisieren, anzuwenden. Auch wenn das Energiegesetz des Kantons St.Gallen keine Vorschriften hinsichtlich des Minergie-Standards macht, ist er in Fachkreisen als aktueller Stand der Technik unbestritten.



Der Minergie-Standard ist ein freiwilliger Baustandard, der den rationellen Energieeinsatz und die breite Nutzung erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensqualität und Senkung der Umweltbelastung ermöglicht. Grenzwerte im Energieverbrauch werden definiert. Der weitergehende Standard „Minergie-P“ bezeichnet und qualifiziert Häuser, die einen noch tieferen Energieverbrauch als Minergie anstreben. Minergie-P stellt hohe Anforderungen an das Komfortangebot und die Wirtschaftlichkeit. Ein Haus, das den sehr strengen Anforderungen genügen soll, ist als Gesamtsystem und in all seinen Teilen konsequent auf dieses Ziel hin geplant, gebaut und im Betrieb optimiert. Minergie-Eco schliesslich ist eine Ergänzung zum Minergie-Standard. Nach Minergie-Eco zertifizierte Bauten erfüllen auch Anforderungen hinsichtlich gesunder und ökologischer Bauweisen über die Minergie-Merkmale Komfort und Energieeffizienz hinaus. Voraussetzung für eine Zertifizierung nach Minergie-Eco ist eine konsequente Bauweise nach Minergie bzw. Minergie-P.

Die Stadt St.Gallen strebt für ihre Bauten den Minergie-Eco-Standard an; alle Bauvorhaben sollen gemäss den Zielen von Ökologie und Baubiologie erfolgen. Diese Vorgaben sind in den entsprechenden Regelungen verankert und in den Köpfen der Mitarbeitenden präsent. Die Stadt St.Gallen als Energiestadt verpflichtet sich, entsprechende Standards einzuhalten. Dabei geht es für die Stadt nicht nur darum, stadteigene Gebäude entsprechend zu bauen bzw. zu sanieren; das gilt auch für Bauvorhaben, die von der Stadt wesentlich mitfinanziert werden.

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, das Postulat **erheblich** zu erklären.

Information über die Stellungnahme des Stadtrats nach Art. 67 Geschäftsreglement des Stadtparlaments:

Die Stadt St.Gallen strebt für ihre Gebäude und für mitfinanzierte Bauvorhaben den Minergie-Eco Standard an. Bei Neubauten und Sanierungen von Altbauten von städtischen Liegenschaften soll dieser Level unter Berücksichtigung der ökologischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gelten.

Auf Antrag der Direktion Bau und Planung beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Die Direktorin Bau und Planung wird beauftragt, in diesem Sinne im Stadtparlament Stellung zu nehmen.

Beilage:

Postulat vom 20. November 2007

☒ keine Öffentlichkeitsarbeit

☐ Medienmitteilung

☐ Medienkonferenz

